



Ministerium der Justiz Nordrhein-Westfalen, 40190 Düsseldorf

Herrn
Vorsitzenden des Rechtsausschusses
des Landtags Nordrhein-Westfalen
Herrn Dr. Werner Pfeil MdL
40221 Düsseldorf

nachrichtlich:

Rechtsausschuss des Landtags
- Referat I 1 -
40221 Düsseldorf

LANDTAG
NORDRHEIN-WESTFALEN
17. WAHLPERIODE

VORLAGE
17/1304

A14

Seite 1 von 1

05.11.2018

Bearbeiter: Frau Wagner
Telefon: 0211 8792-246

Sitzung des Rechtsausschusses des Landtags am 7. November 2018

Öffentlicher Bericht der Landesregierung zum Tagesordnungspunkt
„Bundesratsinitiativen - Bundespolitische Ambitionen des Ministeriums
der Justiz?“ (TOP 16 der Tagesordnung)

Anlage

1 Bericht

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

als Anlage übersende ich den öffentlichen Bericht der Landesregierung
zum Tagesordnungspunkt „Bundesratsinitiativen - Bundespolitische
Ambitionen des Ministeriums der Justiz?“ (TOP 16 der Tagesordnung
der Sitzung des Rechtsausschusses am 7. November 2018).

Mit freundlichen Grüßen

Peter Biesenbach

Dienstgebäude und
Lieferanschrift:
Martin-Luther-Platz 40
40212 Düsseldorf
Telefon: 0211 8792-0
Telefax: 0211 8792-456
poststelle@jm.nrw.de
www.justiz.nrw



Ministerium der Justiz des Landes Nordrhein-Westfalen

24. Sitzung des Rechtsausschusses
des Landtags Nordrhein-Westfalen
am 7. November 2018

Schriftlicher Bericht zu TOP 16

**„Bundesratsinitiativen - Bundespolitische Ambitionen
des Ministeriums der Justiz?“**

Dem Berichtswunsch der SPD-Fraktion wird thematisch, wie folgt gegliedert, nachgekommen:

a) Unter Federführung des Ministeriums der Justiz sind **seit dem 1.7.2018 folgende Initiativen** durch die Landesregierung Nordrhein-Westfalens **in den Bundesrat eingebracht** worden:

- Der **Entwurf eines Gesetzes zum Verbot der Gesichtshüllung während der Gerichtsverhandlung** ist unter der BR-Drs 408/18 in der 970. Bundesratssitzung am 21.9.2018 eingebracht worden. In der 971. Bundesratssitzung am 19.10.2018 hat der Bundesrat die Einbringung des Gesetzes in geänderter Fassung in den Bundestag sowie die Bestellung eines Beauftragten, Herrn Minister der Justiz Biesenbach, beschlossen.
- Der Antrag auf **Entschließung des Bundesrates - Bereitstellung der Mittel für den Pakt für den Rechtsstaat durch den Bund** ist unter der BR-Drs 322/18 in der 969. Bundesratssitzung am 6.7.2018 eingebracht worden. Er wird derzeit in den Ausschüssen beraten.

b) Von den Bundesratsinitiativen, die in den **Jahren 2005 bis 2010** durch die Landesregierung Nordrhein-Westfalens in den Bundesrat eingebracht worden waren, sind federführend vom Ministerium der Justiz **folgende Bundesratsinitiativen erneut zur Beratung in den Ausschüssen und im Plenum vorgesehen** gewesen:

- Der **Entwurf eines Gesetzes zur Einführung von Kammern für internationale Handelssachen (KfiHG)** war zunächst unter der BR-Drs. 42/10 in der 869. Sitzung des Bundesrats am 7.5.2010 und dann unter der BR-Drs. 93/14 in der 920. Sitzung des Bundesrats am 14.3.2014 eingebracht worden. Eine erneute Einbringung erfolgte in der 965. Sitzung des Bundesrats am 2.3.2018 (BR-Drs. 53/18). Der Bundesrat hat die erneute Einbringung in den Bundestag sowie die Bestellung eines Beauftragten, Herrn Minister der Justiz Biesenbach, beschlossen.

Der **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Strafgesetzbuches** (Einführung eines neuen Straftatbestands der Vollzugsgefährdung als § 122 StGB) ist unter der BR-Drs 203/10 in der 869. Sitzung des Bundesrats am 7.5.2010 eingebracht worden. Er wurde gegenüber dem Bundesrat für nicht erledigt erklärt. Er war zur Behandlung in der 967. Bundesratssitzung vorgesehen. Es erfolgte jedoch eine Absetzung von der Tagesordnung.

c) Bei folgenden Bundesratsinitiativen, die justizpolitischem Inhalt hatten und von einem anderen Land federführend erarbeitet wurden, hat sich die Landesregierung Nordrhein-Westfalens zu einer Mit Antragstellung entschieden:

- Der hamburgische **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Strafgesetzbuches - Strafbarkeit des Verbreitens und Verwendens von Propagandamitteln und Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen bei Handlungen im Ausland** - (BR-Drs. 52/18) wurde gemeinsam mit der Freien und Hansestadt Hamburg sowie den Ländern Brandenburg, der Freien Hansestadt Bremen, Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Thüringen als weiteren Mit Antragstellern in der 965. Sitzung des Bundesrats am 2.3.2018 erneut eingebracht (Reprise).
 - Der niedersächsische **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Strafgesetzbuches (StGB) - Effektive Bekämpfung von sogenannten „Gaffern“ sowie Verbesserung des Schutzes des Persönlichkeitsrechts von Verstorbenen** (BR-Drs. 41/18) wurde gemeinsam mit dem Land Mecklenburg-Vorpommern als weiterer Mit Antragsteller in der 965. Sitzung des Bundesrats am 2.3.2018 erneut eingebracht (Reprise).
 - Der baden-württembergische **Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung des Verbraucherschutzes bei Telefonwerbung** (BR-DRs. 121/18) wurde gemeinsam mit dem Land Baden-Württemberg sowie den Ländern Hessen und Rheinland-Pfalz als weiteren Mit Antragstellern in der 967. Sitzung des Bundesrats am 27.4.2018 erneut eingebracht (Reprise).
- d) Die Landesregierung Nordrhein-Westfalens hat **seit dem 1.7.2018 keine Bundesratsinitiativen, die von der vorangegangenen Landesregierung eingebracht worden waren, „zurückgezogen“**.